

487

**Finanzierung von Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren;****hier: Zwischenerwerb von Land**

Der Finanzierung von Ausführungskosten, die für den Zwischenerwerb von Land entstehen (Nr. 2.2.3. der Richtlinien über die Finanzierung von Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren vom 25. Januar 1973, StAnz. S. 514), habe ich bisher nur ausnahmsweise zugestimmt. Wie sich in vielen Flurbereinigungsverfahren gezeigt hat, erleichtert ein Zwischenerwerb von Land zur Aufstockung, für Erholungseinrichtungen, Straßenbaumaßnahmen und dergl. wesentlich die sinnvolle Durchführung dieser Verfahren.

Ich bin daher ab sofort damit einverstanden, daß die zur Durchführung der Flurbereinigung zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

- nach Maßgabe der oben erwähnten Nr. 2.2.3.
- im Rahmen des genehmigten Ausführungsplanes und
- innerhalb der Höchstsätze nach Nr. 2.2.9. der genannten Richtlinien

eingesetzt werden. Ich weise darauf hin, daß die entsprechenden Ausführungskosten nur mit Darlehen gefördert werden können.

Wiesbaden, 19. 2. 1979

**Der Hessische Minister  
für Landesentwicklung, Umwelt,  
Landwirtschaft und Forsten**  
II C 6 — LK.51.0 — 1311/79

StAnz. 18/1979 S. 959

488

**Neugliederung des Hessischen Forstamtes Königstein**

B e z u g : Erlaß vom 9. Dezember 1974 (StAnz. 1975, S. 14)

Mit Erlaß vom 6. April 1979 — III A 1 — 3194 — O 02 (n. v.) habe ich die Auflösung der Revierförsterei Schmitt im Hess. Forstamt Königstein anstelle der ursprünglich zur Auflösung vorgesehenen Revierförsterei Arnoldshain zum 1. Mai 1979 angeordnet.

Wiesbaden, 6. 4. 1979

**Der Hessische Minister  
für Landesentwicklung, Umwelt,  
Landwirtschaft und Forsten**  
III A 1 — 3194 — O 02

StAnz. 18/1979 S. 959

489

DARMSTADT

**BEZIRKSDIREKTIONEN FÜR FORSTEN UND NATURSCHUTZ****Verordnung über das Naturschutzgebiet „Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979**

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 106), wird mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde verordnet:

**§ 1**

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

**§ 2**

Als deutliche Spur des Altneckars und somit als charakteristischer Landschaftsbestandteil des hessischen Rieds sind die Neckarschlingen aus geologischen Gründen schutzwürdig. Eine absolute Seltenheit stellt die Erlenaufstockung auf Torfuntergrund dar. Daneben gewinnt dieses Areal Bedeutung als Brutgebiet seltener Vögel.

**§ 3**

(1) Das Naturschutzgebiet „Rallbruch von Wolfskehlen“ liegt etwa 2 km südöstlich von Riedstadt OT Wolfskehlen, Kreis Groß-Gerau. Seine Größe beträgt 48.8159 ha.

(2) Das Naturschutzgebiet besteht aus den Flurstücken Gemarkung Wolfskehlen Flur 11, Nr. 98, soweit es an die Flurstücke Nr. 100 bis 103, 104/1, 104/2, 105 bis 107 angrenzt, 100 bis 103, 104/1, 104/2, 105, 106, 107, soweit es an die Flurstücke 105 und 106 angrenzt, 108, soweit es an die Flurstücke Nr. 100 bis 103, 104/1, 105 bis 107 angrenzt, 109 bis 125 und 139, soweit es an die Flurstücke 124 und 125 angrenzt, Flur 12, Nr. 41, 42, 81 bis 83, 85 bis 91, 92, soweit es an die Flurstücke Nr. 93 und 100 angrenzt, 93 bis 100, 104, soweit es an die Flurstücke Nr. 99 und 100 angrenzt, 105 bis 111, 112, soweit es an die Flurstücke Nr. 105 bis 109 angrenzt, Flur 13, Nr. 1, soweit es an die Flurstücke Nr. 10 und 15 angrenzt, und 10 bis 21.

(3) Die Grenze des Naturschutzgebietes ist in Karten im Maßstab 1 : 25 000 und 1 : 5000 rot eingetragen.

(4) Diese Verordnung und die in Abs. 3 genannten Karten sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt — Höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten — Oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, beim Kreisauausschuß des Kreises Groß-Gerau — Untere Naturschutzbehörde — und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(5) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

**§ 4**

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
3. Pflanzen einzubringen, Flächen aufzuforsten oder Tiere auszusetzen;
4. das Gelände außerhalb der Wege zu betreten;
5. zu fahren, zu reiten, zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
6. Modellflugzeuge einzusetzen;
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;



## § 7

(1) Die Eigentümer und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der Höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der Höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

## § 8

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 4 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchstabe a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß dies nach § 5 zulässig ist,

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 4 Abs. 2 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 4 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen einbringt, Flächen aufforstet oder Tiere aussetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände außerhalb der Wege betritt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4);
5. fährt, reitet, lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält (§ 4 Abs. 2 Nr. 5);
6. Modellflugzeuge einsetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 6);
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 4 Abs. 2 Nr. 7);
8. Bodenbestandteile entnimmt, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt (§ 4 Abs. 2 Nr. 8);
9. Gewässer beeinträchtigt, Maßnahmen zur Entwässerung oder Dränung vornimmt oder sonstige wasserwirtschaftliche Neu- oder Ausbaumaßnahmen durchführt (§ 4 Abs. 2 Nr. 9);

10. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt oder das Gelände sonst verunreinigt (§ 4 Abs. 2 Nr. 10);

11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 4 Abs. 2 Nr. 11);

12. bauliche Anlagen errichtet oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 12);

13. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 13);

14. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 4 Abs. 2 Nr. 14);

15. auf den nicht ackerbaulich genutzten Grundstücken Biogide anwendet (§ 4 Abs. 2 Nr. 15);

16. die Nutzung von Wiesen oder Weiden ändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 16);

17. Hunde frei laufen läßt oder ausbildet (§ 4 Abs. 2 Nr. 17).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 7 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

## § 9

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

## § 10

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 9. 4. 1979

**Bezirksdirektion für Forsten und  
Naturschutz in Darmstadt  
Höhere Naturschutzbehörde  
gez. Graulich**

StAnz. 18/1979 S. 959

490

## PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

**C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**

**Polizeipräsident in Frankfurt am Main**

ernannt:

zu **Polizeihauptwachmeistern (BaP)** die Bewerber Klaus-Dieter Uhllich (27. 3. 1979), Alfred Albert Hoheisel (2. 4. 1979), die **Polizeioberwachmeister (BaP)** Harry Krolop, Berndt Walter Weber (beide 2. 4. 1979);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalkommissar (BaP) Berndt Volker Baumgart (15. 3. 1979), Kriminalhauptmeister (BaP) Armin Jakob (3. 4. 1979), Kriminalobermeister (BaP) Lothar Erdmann (1. 3. 1979), Polizeikommissar (BaP) Manfred Schmelz (27. 3. 1979), die **Polizeiobermeister (BaP)** Ralf Weidenbach (14. 3. 1979), Horst Gandor (19. 3. 1979), Johannes Schüßler (20. 3. 1979), Wilhelm Arnold Eidam (22. 3. 1979), Matthias Willi Detig (23. 3. 1979), Rolf Peter Philipp (28. 3. 1979), **Polizei-**meister Karl-Heinz Rüger (7. 3. 1979);

versetzt:

vom Polizeipräsidenten in Berlin **Polizeiobermeister (BaP)** Joachim Schlemminger (1. 4. 1979);

in den Ruhestand getreten:

die **Polizeihauptmeister** Peter Wiechers, Hans Moskwiak (beide 31. 3. 1979);

in den Ruhestand versetzt:

**Polizeihauptmeister** Günter Kocks (31. 3. 1979);

verstorben:

Kriminalhauptmeister Werner Herrmann (12. 2. 1979),  
Polizeihauptmeister Kurt Windhausen (25. 3. 1979).

Frankfurt am Main, 9. 4. 1979

**Der Polizeipräsident**  
P III/11/13

StAnz. 18/1979 S. 961

**Polizeipräsident in Offenbach am Main**

ernannt:

zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Manfred Ender (1. 4. 1979);

zu **Polizeihauptmeistern** die **Polizeiobermeister (BaL)** Kurt Löffler, Reinhard Peitsch, Dieter Reisch (sämtlich 1. 4. 1979);

zu **Polizeiobermeistern** die **Polizeimeister (BaL)** Wolfgang Richel, Heinz Schmidt, Wolfgang Walter (sämtlich 1. 4. 1979), die **Polizeimeister (BaP)** Jürgen Botzum, Harald Klass, Rainer Muth, Kurt Pfaff, Gerhard Reichenauer, Rudolf Sattler (sämtlich 1. 4. 1979);

zu **Polizeihauptwachmeistern** **Polizeimeister im BGS (BaP)** Roland Zehrer (1. 4. 1979), **Polizeioberwachmeister (BaP)** Joachim Lucas (1. 4. 1979);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalobermeister (BaP) Bernhard Dubbert (28. 3. 1979),  
die **Polizeimeister (BaP)** Hans-Jürgen Gottstein (26. 3. 1979),  
Hans-Günter Krauß (11. 4. 1979);

657

### Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

##### „§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),

„Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),

„Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),

„Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),

„Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),

„Taubensend“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),

„Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),

„Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),

„Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),

„Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),

„Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),

„Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),

„Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),

„Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),

„Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),

„Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),

„Am Rauhensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),

„Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),

„Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),

„Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),

„Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),

„Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),

„See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),

„Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),

„Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),

„Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),

„Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),

„Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

##### „§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),

„Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),

„Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),

„Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),

„Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),

„Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),

„Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),

„Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),

„Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),

„Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),

„Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),

„Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),

„Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),

„Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

##### „§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

#### Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

#### Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

#### § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-